

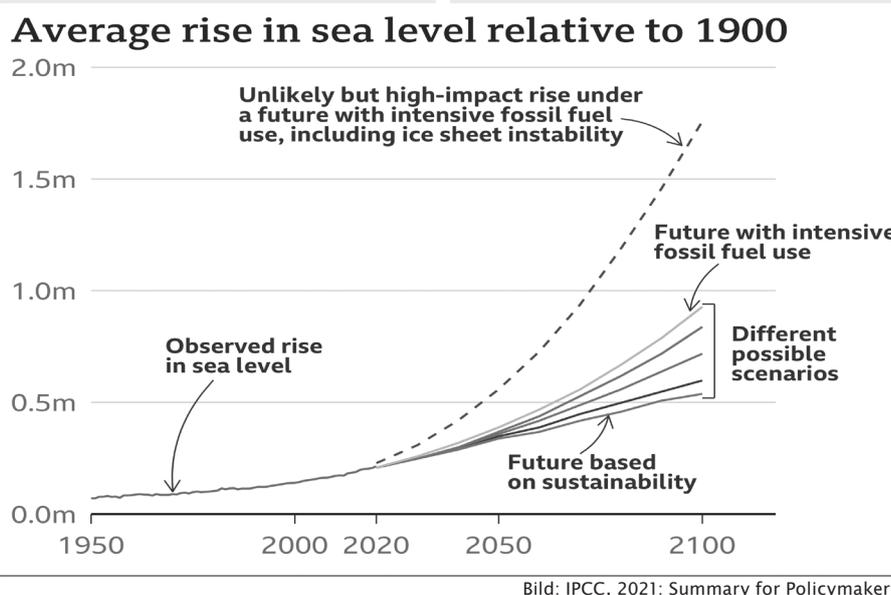
Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Bericht zum Klimawandel

Der sechste Bericht des Interparlamentarischen Rats der Vereinten Nationen für den Klimawandel (IPCCC) erschien am 9. August. Dem Bericht zufolge wird sich der Meeresspiegel für die Malediven bis zum Ende des Jahrhunderts im günstigsten Falle um einen halben und im schlimmsten Falle um zwei Meter erhöhen – eine existenzielle Bedrohung aller Atolle, von denen die wenigsten zwei Meter über das Meer hinausragen. Verglichen mit dieser Untergangsperspektive waren die Reaktionen in den Malediven auf den Bericht eher moderat. Kein Appell des Staatspräsidenten an die Welt, keine Demonstrationen in der Hauptstadt oder den Atollen, keine neuen diplomatischen Initiativen. Die Ministerin für Umwelt, Klimawandel und Technologie, Aminath Shauna, veröffentlichte am 10. August eine Presseerklärung zum IPCC-Bericht. Sie sagte: „Der Klimawandel ist die totale existenzielle Bedrohung für uns. Wir brauchen dringend unmittelbare Reduktionen der Klimagase. Die Zeit zu handeln war bereits gestern, spätestens jetzt muss gehandelt werden.“ Im Mai hatte sie einem US-amerikanischen TV-Sender ein Interview gegeben, demzufolge die meisten Inseln der Malediven nicht mehr existieren, sollte der Wasserspiegel Mitte des Jahrhunderts tatsächlich über einen Meter ansteigen.

Der lokale Rat des nördlichen Atolls Kudafari mit Inseln, auf denen sich einige Luxusresorts niedergelassen haben, zeigte sich am 30. August in einer Pressemitteilung außerordentlich alarmiert über das Anwachsen des Meeresspiegels. Die Hauptemissionsländer werden aufgefordert, ihre Emissionen so schnell wie möglich einzustellen und den Inseln für dringliche Anpassungsmaßnahmen finanziell unter die Arme zu greifen. Der Parlamentspräsident der Malediven, Mohamed Nasheed, hatte BBC (London) gegenüber ausgeführt: „Wir (Malediver) zahlen mit unserem Leben für den Kohlenstoff, den andere ausgestoßen haben.“ Nasheed ist Botschafter des „Forums der klimavulnerablen Länder“ (CVF) mit insgesamt 48 Mitgliedsländern. Er will große Klimasünder für ehrgeizigere Klimaziele gewinnen. Nasheed sieht die Zukunft der Malediven trotz allem optimistisch (siehe Interview). Die klimaneutrale Wende sei global möglich, weil sie bereits jetzt wirtschaftlichen Sinn mache. Er glaubt an den Erfolg von Techniken für Nachhaltigkeit und Klimaanpassung. Am 14. April hatte Nasheed die Baumaßnahmen für die *Maldives Floating City*, die erste moderne schwimmende Stadt, offiziell freigegeben. Die schwimmende Stadt habe niemandem Land wegnehmen müssen und nur minimale Auswirkungen auf die Korallenriffe. Außerdem würden gigantische neue Korallenriffe wachsen, um die Kraft der Wellen zu brechen, die die Inseln erodieren: „Hier in den Malediven können wir die Wellen nicht stoppen, aber wir können mit ihnen wachsen.“



Attentat auf Mohamed Nasheed

Am 6. Mai wurde in Male ein ferngesteuertes Sprengstoffattentat auf Parlamentspräsident Mohamed Nasheed verübt, als er abends in sein Haus zurückkehrte. Er überlebte nur knapp. Schrapnelle verfehlten um Haaresbreite sein Herz, trafen aber eine Niere und seinen Kopf, drangen aber nicht in seinen Schädel und verletzten ihn am Rücken sowie an zahlreichen Stellen an den Beinen. Nach Notoperationen in Male folgten weitere Operationen am Bundeswehr-Krankenhaus in Berlin Moabit, wohin ihn der deutsche Honorarkonsul Christian von Stetten (CDU) hatte ausfliegen lassen. In Berlin traf Nasheed unter anderem Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages und ebenfalls Anschlagopfer. Nach weitgehender Genesung begab er sich Ende Juli nach Großbritannien, wo er einst studierte und über ein Netzwerk von (politischen) Freunden verfügt. Ein Foto auf seinem Twitter Account zeigt ihn mit Theresa May, der früheren britischen Premierministerin. Mohamed Nasheed ist überzeugt, dass es zur Finanzierung und Organisation dieses Anschlags eines islamistischen Netzwerks bedurfte. Den Untersuchungen der Polizei zufolge waren dem Attentat drei abgebrochene Anschläge vorangegangen. Nasheed kritisierte die geringen Ermittlungsergebnisse der Polizei. Man habe die Bewegungsprofile der festgenommenen Verdächtigen nicht geprüft, wisse nicht, woher der Sprengstoff stamme, wer in den Malediven einen Sprengsatz mit Fernzündung bauen könne, habe weder die Finanzierung des Anschlags bis zum Ursprung geprüft noch den Kreis der Mitwisser/-innen festgestellt. Nasheed will so lange in Großbritannien bleiben, bis die Hintermänner (in diesem Falle wahrscheinlich tatsächlich nur Männer) des Attentats auf ihn gefasst sind.

Streit um Islamverständnis

Mohamed Nasheed steht zurzeit im Zentrum einer schweren innenpolitischen Auseinandersetzung, in der es darum geht, ob die Malediven künftig ein liberales oder ein radikales Islamverständnis in Politik und Gesellschaft unterstützen. Nasheed wirbt für ein liberales Islamverständnis und will das islamistische Netzwerk im Staats- und Sicherheitsapparat zerschlagen. Dieses blockiert die Aufarbeitung der Morde und die Aufklärung über das Verschwinden von Menschenrechtsaktivist(inn)en, Journalist(inn)en und Blogger(inn)en, re-integriert aus Sy-

rien zurückkehrende Kämpfer des Islamischen Staates und arbeitet auf die Wiederherstellung eines autokratischen Staats radikalislamischer Prägung in den Malediven hin. Nasheed fühlt sich in seinem Kampf gegen dieses Netzwerk zu wenig vom Präsidenten unterstützt. Staatspräsident Solih bemüht sich, die Pandemie zu managen, legt einen eher landesväterlichen Führungsstil an den Tag und zeigt wenig Ehrgeiz bei der Demokratisierung und der Entfernung islamistischer Strukturen aus dem Staatsapparat. Nasheeds Parteigänger innerhalb der Regierungspartei MDP (Maledivische Demokratische Partei) forderten Präsident Solih auf, unverzüglich den Staatsnotstand auszurufen und die bekanntesten Islamisten festnehmen zu lassen. Die Solih Fraktion empfand dies als Bevormundung des Präsidenten. Laut Verfassung ist die Ausrufung des Staatsnotstandes einzig dem Staatspräsidenten vorbehalten. Einige fürchten, dass Bürger/-innen eine Verfassungsklage einreichen, und die MDP ihre Parteiregistrierung und damit ihre politische Macht verlieren könnte. Oder die Opposition könnte dem Parlamentspräsidenten die Vertrauensfrage stellen. Die Nasheed-Fraktion macht etwa ein Drittel, die Solih-Anhängerschaft etwa zwei Drittel der MDP-Parlamentsfraktion aus. Zusammen mit den Stimmen der Oppositionsparteien könnte die Solih-Fraktion den Parlamentssprecher abwählen. Die Opposition wiederum fürchtet, ein solcher Schritt würde die MDP eher wieder vereinen, weshalb die Vertrauensfrage bis dato nicht gestellt wurde.

Strafgesetz gegen Hassverbrechen

Die MDP-Abgeordnete Hisaan Hussain aus dem Wahlkreis Thulhaadhoo hatte Anfang Juni eine Verschärfung des Strafgesetzes gegen Hassverbrechen beantragt. Sie gehört der Nasheed Fraktion an und will eine substanzielle Heraufsetzung der Haftstrafen gesetzlich verankern. Wütende Stellungnahmen von 101 Islamgelehrten im Land waren die Folge. So nannte Mohamed Iyaz, Assistenzprofessor für Islamwissenschaften an der Universität der Malediven, die Gesetzesnovelle ein „Teufelsgesetz“. Er war zuvor öffentlich bekannt geworden mit einem zweifelhaften aber viel beachteten Artikel über die angeblichen medizinischen Wohltaten der weiblichen Genitalverstümmelung. Die verschärfte Strafgesetzgebung soll greifen, wenn Muslime im öffentlichen Raum beschimpft werden, sie seien gar keine Muslime,

seien Säkulare oder Ungläubige oder würden außerhalb der islamischen Gemeinschaft stehen. Die neue Gesetzgebung soll insbesondere gelten, wenn diese Beschimpfungen in den Aufruf zur Gewaltanwendung übergehen. Nasheed hat aus England Staatspräsident Solih aufgefordert, sich dieser Gesetzesnovellierung anzuschließen. Als das Präsidentialamt nicht reagierte, twitterte Nasheed, er beende die langjährige politische Zusammenarbeit mit Ibrahim Solih, einem Freund, politischen Verbündeten und Verwandten. Stattdessen hatte sich Nasheed im Juli noch von Berlin aus um eine Zusammenarbeit für einen moderaten Islam in den Malediven ausgerechnet mit dem früheren Präsidenten Yameen bemüht. Yameen hatte Nasheed 2013 mittels falscher Anschuldigungen zu 13 Jahren Gefängnis verurteilen lassen. Kommentatoren in den Malediven und Indien glauben allerdings, dass Nasheed die Wahl ins Präsidentenamt noch vor den regulären Wahlen 2023 anstrebt. Dieses politische Manöver hat Nasheed viel Sympathie bei seinen politischen Freunden gekostet und die Zahl seiner Unterstützer/-innen in der MDP-Fraktion weiter reduziert. Die Spaltung der Partei und eine politische Instabilität in den Malediven scheinen unaufhaltsam.

Yameen will Wiederaufnahme seines Verfahrens

Derweil kämpft der ehemalige Staatspräsident Yameen um die Wiederaufnahme des Korruptionsverfahrens, das ihm fünf Jahre Haft eingebracht hat – wobei er nicht im Gefängnis sitzt, sondern unter Hausarrest steht. Auf seinen Konten waren nach seiner Abwahl neun Millionen US-Dollar gefunden worden, für deren Herkunft er keine Erklärung hatte. Während seiner Amtszeit waren der maledivischen Verwaltung der Inselresorts unter anderem 50 Millionen US-Dollar abhandengekommen. Yameen möchte von den Korruptionsvorwürfen freigesprochen werden, damit er als Kandidat für die Präsidentschaft 2023 rechtzeitig in den Ring treten kann. Nun tauchten in den Sozialen Medien auf einem anonymen Account Audiomitschnitte von Gesprächen der Richter auf, dass sie von der neuen Regierung massiv unter Druck gesetzt wurden, um Yameen ins Gefängnis zu bringen. Der Generalstaatsanwalt veranlasste Sprachproben, die die Audiomitschnitte als Fake entlarvten. Die Richter selbst sprachen von völlig erfundenen Gesprächen, die es nie gegeben habe.

Covid-19

Der maledivische Gesundheitsminister Ahmed Nasim hat den Gesundheitsnotstand des Landes aufgrund der Pandemie bis zum 1. Oktober 2021 erweitert, das 18. Mal in Folge seit März 2020. Bis dato haben 376.000 Menschen eine Impfung und 300.000 eine zweite Dosis erhalten. Im Juli erhielten die Malediven 500.000 Dosen des in Singapur produzierten AstraZeneca-Impfstoffes. Im Rahmen eines Impfprogramms für 12-17-Jährige wurden bereits 60 Prozent der Kinder zweimal, und 81 Prozent einmal geimpft, alle mit Biontech. Die Behörden arbeiten wieder. Ausgangssperren, die noch im Juni 2021 galten, sind ausgesetzt worden. Ein digitaler Passport wurde eingeführt. Im Laufe des Monats Juli öffneten die Moscheen ihre Tore. Insgesamt registrierten die Malediven bis dato 81.112 positive Corona-Tests. 226 Menschen sind an Covid-19 verstorben. Einreisen in die Malediven sind wieder möglich unter der Voraussetzung eines negativen PCR-Tests, der nicht älter als vier Tage ist.

Tourismus und Wirtschaft

Am 19. August zählte der Zoll den 705.000. Touristen dieses Jahr, insgesamt 81 Prozent mehr als im August 2020 (389.000). Nimmt man die Zahl der Übernachtungen als Basis, haben die Malediven den Stand von 2019 zu fast 78 Prozent wieder erreicht. Für 2021 werden insgesamt 1,1 Millionen Tourist(inn)en erwartet. 2019 waren es zwei Millionen. Insbesondere aus Russland (22 Prozent) und aus Indien (19 Prozent) strömen wieder Tourist(inn)en auf die Atolle, an dritter Stelle Deutsche (5,4 Prozent). Während das Auswärtige Amt in Deutschland die Malediven nicht mehr als Hochrisikogebiet ausweist, stehen sie in Großbritannien nach wie vor auf der roten Liste. Ein Fakt, der in den Malediven Kopfschütteln auslöst, denn die dortigen Impfquoten und Inzidenzzahlen liefern dafür keinen Anlass.

Infrastruktur

Am 26.8.2021 wurden die Verträge zwischen den Malediven und der indischen Baufirma *Afcons Infrastructure* für den Bau von Verbindungsbrücken und Straßen zwischen der Hautstadtinsel Male und westlich davon gelegenen Inseln unterzeichnet. Es handelt sich um ein zentrales Infrastrukturvorhaben der Malediven, um die Raumnot der Hauptstadt zu mildern. Dieses Projekt war Teil der Zentrali-

sierungspolitik der Vorgängerregierung Yameen, die es zunächst als Kooperation mit China geplant hatte. Das Projekt wird kontrovers diskutiert, das eigentlich der Dezentralisierungspolitik der gegenwärtigen Regierung entgegensteht, die beabsichtigt, die Atolle und Inseln viel stärker an den staatlichen Investitionen zu beteiligen. Zwar werden auf den Atollen einige Häfen und Flughäfen gebaut, Erosionsbefestigungen und Aufschüttungen vorgenommen, aber keines dieser Projekte reicht nur annähernd an die Investitionen für das *Greater Male Connectivity Project* heran. Indien finanziert es mit einem Zuschuss von 100 Millionen US-Dollar und einem Kredit über 400 Millionen US-Dollar. Dieser Kredit ist Teil einer von der Regierung des indischen Premiers Modi vereinbarten Kreditlinie für die Malediven von 800 Millionen US-Dollar, mit flexiblen Rückzahlungsbedingungen. Nach Angaben des Planungsministeriums soll das Vorhaben die drei Inseln Villingili, Gulhifalhu und Thilafushi mit Brücken und Straßen auf einer Länge von 6,7 Kilometer an Male anbinden. Das Projekt soll bereits in zwei Jahren fertig sein und einen Großraum Male schaffen.

Finanzplanung und Verschuldung

Die Finanzpolitik der Malediven von 2020 und die mittelfristige Finanzplanung für 2022-24 zielt darauf, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Haushalte und Unternehmen zu minimieren. 2020 brach die Wirtschaftsleistung der Malediven um 32 Prozent ein, das Staatseinkommen sank um die Hälfte. Drastische Sparmaßnahmen hätten die wirtschaftliche und soziale Krise vertieft, waren also keine Option. Deshalb wurde entschieden, wo immer möglich einzusparen und den Rest der budgetierten Ausgaben über weitere Verschuldung zu finanzieren. Dadurch stieg die Staatsschuld erheblich stärker an. Im Jahr 2021 soll es darum gehen, das noch unsichere Wiederaufleben der Wirtschaftskraft zu konsolidieren. Während die Finanzplanungen des Ministeriums vor der Pandemie sich mit unterschiedlichen Investitionsoptionen beschäftigten, steht nun die Konsolidierung der Staatsfinanzen, insbesondere die Schuldentragfähigkeit, im Vordergrund. Ziel soll sein, die in- und ausländischen Schulden des Staates und die von ihm verbürgten Schulden von den gegenwärtigen 150 Prozent auf 125 Prozent des BIP zu drücken und das Haushaltsdefizit bei fünf Prozent zu deckeln. Für 2021 sind 905 Millionen Euro für Schuldendienste eingeplant. Auf dem Finanzmarkt zu verkaufende Staatsanleihen von 800 Millionen

US-Dollar für den Zeitraum von 2021-24 sollen helfen, die Schuldendienste zu bedienen. Man hofft, noch im Jahr 2021 insgesamt 265 Millionen Euro an Schulden von Geberländern und multilateralen Institutionen aufnehmen zu können. Schatzbriefe im Wert von 361 und Staatseigentum für 25 Millionen Euro will der Staat an seine Bürger/-innen verkaufen. Im Jahr 2021 soll die Wirtschaftsleistung mit 23,5 Prozent Wachstum außerordentlich hoch ausfallen und bis 2026 schrittweise auf neun Prozent fallen. Alles hängt davon ab, dass diese Prognosen eintreffen. Die Risikoszenarien in den Planungen des Finanzministeriums spiegeln allerdings die Unwägbarkeiten beim Tourismus als wichtigster Einkommensquelle nicht wider.

Auswärtige Politik

Mit Indiens starker Unterstützung haben es die Malediven geschafft, dass ihr Außenminister Abdulla Sahid zum nächsten Generalsekretär der Vollversammlung der Vereinten Nationen gewählt wurde. Er tritt sein Amt am 14. September 2021 an. In Interviews hat er bereits deutlich gemacht, dass er den Klimawandel nicht nur für die Malediven „*for a matter of life and death*“ (Leben und Tod) hält. Anfang November 2021 findet im schottischen Glasgow die Vertragsstaatenkonferenz zum Klimaprotokoll, die COP 26 statt. Sie wird dem neuen Generalsekretär der UN-Vollversammlung die globale Bühne zur Verfügung stellen, um nachdrücklich auf die Umsetzung der Pariser Klimaziele zu drängen. Auf der Ebene der UN-Vollversammlung kann er Beschlüsse vorbereiten, damit mehr Mittel für die Anpassung an Klimaveränderungen fließen und um möglichst Schuldenerlasse für klimaverletzliche Länder zu erreichen. Für letztere engagiert sich ebenso Mohamed Nasheed. Im kanadischen Rundfunk verwies er darauf, dass Hilfszusagen und Projekte mit Geberländern viel zu lange brauchen. Die Gläubigerländer sollten auf die Rückzahlung von Krediten verzichten. Dann könnten Mittel, die bereits in den Staatskassen der Schuldnerländer vorgehalten werden, unmittelbar für Anpassungsmaßnahmen eingesetzt werden. Er forderte eine Art *Debt for Adaptation-Swap*, ein internationales Finanzinstrument für Anpassungsmaßnahmen. Ein solches Instrument ist für die Bereiche Gesundheit (*Debt for Health*) oder Natur (*Debt for Nature*) in der internationalen Zusammenarbeit durchaus bekannt und erprobt und sollte daher ohne Hindernisse realisierbar sein.